ERNST LAUBACH

Die Habsburger und der deutsche Nordwesten im Zeitalter Karls V.*

Obwohl die Habsburger seit 1438 das deutsche Königtum innegehabt haben, ist Nordwestdeutschland nur selten Gegenstand ihrer besonderen politischen Aufmerksamkeit gewesen. Bis tief ins 16. Jahrhundert war es eine „königsferne“ Region, auch noch in den ersten Jahrzehnten der Regierung Kaiser Karls V. In Anlehnung an Peter Moraw, der die Begriffe „königsnahe“ und „königsferne“ Landschaften für das 14. Jahrhundert mit Erfolg eingesetzt hat, ist damit gemeint, daß das deutsche Königtum nicht zu den maßgeblichen politischen Faktoren der Region gehört, in dem ständigen Ringen um Herrschaftserweiterung, dem „unerbittlichen Kampf ums Dasein“ keine Rolle gespielt hat und dort keine Klientel besitzt.¹ Gegen das Konstatieren von „Königsferne“ spricht nicht das gelegentliche Eingreifen „von Amts wegen“ oder ein Akt wie die Erhebung der Grafschaft Bentheim durch Kaiser Friedrich III. zu einer Reichsgrafschaft.²

Unter dem deutschen Nordwesten sei im folgenden das von Rhein und Ruhr und dem Unterlauf der Elbe begrenzte Gebiet verstanden, in dessen Zentrum die vier Hochstifte Münster, Osnabrück, Minden und Paderborn sowie mehrere Grafschaften lagen, nördlich der Weser dann die Hochstifte Bremen und Verden, während bedeutende weltliche Territorien um diesen Kern herum gruppiert sind: die welfischen Teilerzogtümer im nördlichen und östlichen Niedersachsen, die Landgrafschaft Hessen im Südosten, das kölnische Herzogtum Westfalen im Süden, am Niederrhein das aufsteigende Doppelherzogtum Jülich-Kleve-Berg der Grafen von Mark, das hier dem Sprachgebrauch des 16. Jahrhunderts folgend „Jülich“ genannt wird, schließlich im Westen das Herzogtum Geldern und die burgundischen Niederlande, bis 1477 unter der Herrschaft der Herzöge aus dem französischen Königshaus Valois. Die Bistümer wurden in der Regel entweder mit jüngeren Söhnen der genannten umliegenden Fürstenfamilien oder aus von ihnen protegierten einheimischen oder im näheren Umfeld sitzenden Grafen- und Adelsgeschlechtern besetzt.

Durch die Ehe Erzherzog Maximilians mit der burgundischen Erbtochter Maria im Jahr 1477 trat das Haus Habsburg in dieses politische Kraftfeld ein, gewann zu seiner bisherigen südostdeutschen Basis ein zweites großes, zusammenhängendes und wegen seiner wirtschaftlichen Ressourcen viel gewichtigeres

* Überarbeitete und mit einigen Nachweisen versehene Fassung eines Vortrages, der am 9. 9. 1995 während des 47. Tages der Westfälischen Geschichte in Burgsteinfurt gehalten wurde und auf ausdrücklichen Wunsch des Vereinsvorstandes veröffentlicht wird.

1 Peter Moraw: Landesgeschichte und Reichsgeschichte im 14. Jahrhundert, in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 3, 1977, S. 175-191, bes. S. 185.

2 Die Urkunde abgedruckt bei Peter Veddel: Die territoriale Entwicklung der Grafschaft Bentheim im Mittelalter. Göttingen 1970, S. 86f.

Herrschaftsgebiet hinzu. Zwei Jahre vorher (1475) hatte Kaiser Friedrich III. an der Spitze eines Reichsheeres die von Karl dem Kühnen belagerte Stadt Neufz entsetzt und damit die von diesem forcierte burgundische Expansion gegen den Rhein abgewehrt. Die anonyme Koelhoffsche Chronik spiegelt die Angst der Zeitgenossen vor dem burgundischen Zugriff: „hedde der herzoch Nuis inkregen, were zo besorgen geweist, it weren noch vil groisser lande ind stede dem herzogen zu willen wurden.“³ Anstelle des gefürchteten Burgunders wurde nun durch die Heirat von 1477 der Sohn des habsburgischen Kaisers und, nachdem Maximilian sich in den Niederlanden nicht recht hatte behaupten können, sondern die Regierung schon bald seinem Sohn Philipp (dem Schönen) hatte übertragen müssen, vierzig Jahre später mit Karl V. der deutsche König selbst zum territorialen Nachbarn der nordwestdeutschen Region. Noch mehr: Die Niederlande wurden zur alleinigen Machtbasis Karls V. nördlich der Alpen – außerdem verfügte er ja über Spanien mit seinen Nebenreichen in Italien und die neuen Besitzungen in Übersee –, denn schon bald nach seiner Königswahl hatte er in einer Erbteilung Anfang 1522 seinem drei Jahre jüngeren Bruder Ferdinand sämtliche österreichischen Herrschaften überlassen einschließlich des erst 1520 vom Schwäbischen Bund übernommenen Herzogtums Württemberg.⁴ Seitdem hatte Karl im Kerngebiet des Reiches keine eigene Herrschaft mehr, er war nur noch Reichsstand, soweit Teile Burgunds Reichslehen waren.

Ein Teil der Lebensarbeit von Franz Petri hat der Untermauerung der These gegolten, daß die Politik Karls V. gegenüber Nordwestdeutschland in einer aus der Zeit der letzten Burgunderherzöge stammenden Tradition gestanden habe, das niederländische Territorium nach Nordosten hin abzurunden und das Vorfeld zu sichern, anders ausgedrückt, das Gebiet bis zur Weser als Interessengebiet zu betrachten.⁵ Und Wolf-Dieter Mohrmann hat gemeint, eine große Konzeption erkennen zu können, die auf die Beherrschung der Mündungslandschaft der großen Ströme vom Rhein über Ems und Weser bis zur Elbe gezielt habe und auf dem Wege über die Vereinnahmung kleinerer Landesherrschaften in Ostfriesland und Westfalen – gleichsam als Stützpunkte oder Brückenköpfe – „dermaleinst zu einer flächendeckenden und administrativ verdichteten Herr-

³ Zitiert nach Wilfried *Ehbrecht*: Emanzipation oder Territorialisierung? Die Soester Fehde als Ausdruck des Ringens um die staatliche Ordnung des Nordwestens zwischen Reich, Burgund, Erzstift Köln und Hanse, in: Festschrift für Heinz Stooß, Warendorf 1989, S. 428.

⁴ Wortlaut der Brüsseler Teilungsverträge bei Wilhelm *Bauer*: Die Anfänge Ferdinands I., Wien u. Leipzig 1907, S. 244ff.

⁵ Vgl. dazu besonders Franz *Petri*: Die früheren Habsburger in der niederländischen Geschichte, in: Bijdragen en mededelingen van het historisch genootschap 72, 1958, S. 11-46; *ders.*: Nordwestdeutschland in der Politik der Burgunderherzöge, in: Westfälische Forschungen 7, 1954/54, S. 80-100; *ders.*: Nordwestdeutschland im Wechselspiel der Politik Karls V. und Philipps des Großmütigen von Hessen, in: Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde 71, 1960, S. 37-60; *ders.*: Karl V. und die Städte im Nordwestraum während des Ringens um die politisch-kirchliche Ordnung in Deutschland, in: Jahrbuch für Westfälische Kirchengeschichte 71, 1978, S. 7-31.

schaftsausübung von Brüssel aus“ führen sollte.⁶ Es wird zu zeigen sein, daß diese Thesen modifiziert werden müssen.⁷ –

Bekanntlich hat sich Karl V. in den ersten zwanzig Jahren seiner Regierung die längste Zeit in Südeuropa aufgehalten und war vorwiegend von spanischen, italienischen und internationalen Problemen beansprucht. Die Verwaltung der Niederlande führte bis zu ihrem Tode Ende 1530 seine darin bewährte Tante Margarete weiter, danach berief er seine Schwester Maria, die Königinwitwe von Ungarn. Die Regierung im Reich war zunächst einem „Reichsregiment“ unter Vorsitz seines Bruders Ferdinand übertragen, nach seiner Wahl zum römischen König im Januar 1531 fungierte Ferdinand bei Abwesenheit des Kaisers als dessen nominell – nicht faktisch – mit allen Vollmachten ausgestatteter Vertreter.⁸ In den zwei Jahrzehnten bis 1540 gibt es nur ein Ereignis, das Ferdinand längere Zeit Aufmerksamkeit für den nordwestdeutschen Raum abverlangt hat, nämlich das Täuferreich von Münster. Ungestört von Interventionen des Reichsregiments konnte sich die lutherische Reformation hier ausbreiten. Dem Kurfürsten Johann von Sachsen und dem Landgrafen Philipp von Hessen, die sich mit ihren an unseren Raum angrenzenden Territorien als erste der Reformation geöffnet hatten, folgten bis 1530 Herzog Ernst von Braunschweig-Lüneburg und die führenden norddeutschen Städte Magdeburg, Hamburg, Bremen, Goslar, Braunschweig, Göttingen und Minden ebenso wie die Grafen von Hoya und Diepholz, um nur einige zu nennen. Insofern blieb die Region weiterhin „königsfern“. Angemerkt sei noch, daß die drei habsburgischen Geschwister Karl V., Ferdinand und Maria von Ungarn Nordwestdeutschland niemals persönlich betreten haben.

Dagegen erforderten mehrere Konflikte mit dem traditionellen Konkurrenten Burgund in den nördlichen Niederlanden und in Friesland, dem Herzog Karl Egmont von Geldern, das Eingreifen der Statthalterin Margarete, ihrer Tante. Gelderns nördlicher Teil beherrschte die drei Rheinarme, also wichtige Handelsverbindungen für die Grafschaft Holland, und der südliche Teil grenzte an Brabant, insofern war der Herzog für Gegner Karls V. immer ein interessanter Partner.⁹ Seine Gegenaktionen waren die Ursache, daß die Eingliederung des 1515 durch Kauf erworbenen Westfriesland nicht reibungslos verlief und erst 1524 abgeschlossen werden konnte.¹⁰ Das Interesse an Friesland war ein burgundisches Erbe, das auch Maximilian I. weiterverfolgt hatte, wie der Rückkaufvorbereitung bei der Belehnung Albrechts von Sachsen mit Westfriesland als „Gubernator des Reichs“ ebenso dokumentiert wie seine Befürwortung des Rück-

6 Wolf-Dieter *Mohrmann*: Die Grafschaft Lingen in der Politik Kaiser Karls V., in: Herrschaft und Verfassungsstrukturen im Nordwesten des Reiches, hg. v. Bernhard *Sicken*, Köln, Weimar, Wien 1994, S. 134.

7 Ich möchte dankbar festhalten, daß Professor Petri selbst mich vor Jahren aufgefordert hat, den Anteil König Ferdinands an dieser habsburgischen Politik zu untersuchen.

8 Dazu Christiane *Thomas*: „Moderation del poder“. Zur Entstehung der geheimen Vollmacht für Ferdinand I. 1531, in: Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs 27, 1974, S. 101-140.

9 Dazu grundlegend J. A. E. L. *Struick*: *Gelre en Habsburg 1492- 1528*, Arnheim 1960.

10 Jurrien R. G. *Schuur*: Die spätmittelalterliche „friesische Freiheit“ und ihr Untergang zur Zeit Karls V., in: Herrschaft... (wie Anm. 6), S. 101.

kaufs zu Beginn der Großjährigkeit Karls V.¹¹ Es liegt in dieser Linie, wenn Karl V. 1532 die von ihren Nachbarn bedrängten Damen von Jever unter seinen Schutz nahm, indem sie ihm ihre Herrschaft zu Lehen auftrugen.¹² Solche Anlehnung an einen der mächtigen Nachbarn hatte in dem kleinräumigen ostfriesischen Spannungsfeld Tradition.

1527 wollte Karl von Geldern Bürgerkämpfe in der Stadt Utrecht ausnutzen, um seine jüngsten Verluste auszugleichen.¹³ Sein Einfall in das Stift Utrecht war auch eine unmittelbare Bedrohung für die holländischen Städte. Schon deshalb mußte die Statthalterin dem Bischof zu Hilfe kommen. Der Konflikt endete damit, daß der bedrängte Bischof als Gegenleistung für die habsburgische Unterstützung die Temporalien des Stifts zunächst verpfändete (Vertrag von Schonhoven, Ende 1527) und sie schließlich ebenso wie seine Herrschaft Overijssel ganz abtrat und das Domkapitel dem Kaiser das Recht zugestand, künftig den Bischofskandidaten zu nominieren.¹⁴ Karl von Geldern aber mußte im Vertrag von Gorcum (Oktober 1528) bestätigen, daß ihn der Kaiser als Herzog von Brabant – also aufgrund eines burgundischen Anspruchs – beerben würde.¹⁵ Margarete und Karl V. war durchaus bewußt, daß die Übernahme der Temporalien eines Bistums etwas Außergewöhnliches war, und sie haben sich – schließlich mit Erfolg – darum bemüht, die Zustimmung der Kurie zu erlangen. Daß Papst Clemens VII. und die Kardinäle darauf hingewiesen haben, wie leicht das von den Protestanten als Präzedenzfall betrachtet werden könnte, hat sie anscheinend nicht sonderlich beeindruckt;¹⁶ wohl aber hat Karl die Lehre daraus gezogen, daß eine solche Handlung nicht wiederholbar war. Dennoch hat die spektakuläre Erwerbung Utrechts zur Folge gehabt, daß von nun an der habsburgischen Politik von benachbarten Fürsten unterstellt worden ist, auf ähnlich machiavellistische Aktionen zu sinnen.

Erstes „amtliches“ Befassen Karls V. selbst mit den Zuständen in Nordwestdeutschland dokumentieren seine Schreiben vom Augsburger Reichstag 1530 an mehrere Städte. Anlaß war das Vordringen der Reformation. Mit nicht geringer Beschwerung stellte der Kaiser in dem Mandat an Münster fest, daß „bey etlichen stetten und communen umb Westfalen gelegen etlich einwoner und underthanen wider unnsrer kaiserlich offen edict so wir wider die lauterischen sect auf unnsrem gehalten reichstag zu Wormbs ausgeen lassen, sich derselben verpotten sect anhengig zu machen und derhalb auch wider ir oberkeit in ungehorsamen aufzu-

11 Dazu zuletzt Günther *Wartenberg*: Die Albertiner in Friesland, in: Herrschaft... (wie Anm. 6), S. 105-112.

12 Heinrich *Schmidt*: Politische Geschichte Ostfrieslands, Leer 1975, S. 149.

13 W. J. *Formsma*: De onderwerping van Friesland, het Sticht en Gelre, in: Algemene Geschiedenis der Nederlanden 4, Utrecht 1952, S. 88f.

14 R. *Post*: Stukken betreffende de verkiezingen van de bisschoppen van Utrecht en het bestuur Sede Vacante van 1301 tot 1559, in: Archief voor de Geschiedenis van het Aartsbisdom Utrecht 55, 1931, S. 89f.

15 Die beiden Verträge abgedruckt bei Alexander *Henne*: Histoire du règne de Charles-Quint en Belgique, Bd. 4, Bruxelles 1859, S. 179 bzw. S. 193.

16 Karl *Lanz* (Hg.): Correspondenz des Kaisers Karl V., 3 Bände, Leipzig 1844-1846, hier Bd. 1, S. 280, 288, 325.

werffen und zu emporen understeen“.¹⁷ Der Rat von Münster wurde dafür gelobt, „das ir sampt euern underthanen bisshero obgedachtem unserm edict gehorsamlich gelebt“. Weil aber zu besorgen sei, daß durch die Vorgänge in Nachbarstädten „eure gemeyn den und underthanen zu obberurter sect auch angereyzt werden“, gebot der Kaiser mit großem Ernst weiterhin strikte Beachtung des Wormser Edikts. Was in Münster noch nicht geschehen war, war in Lüneburg und Lübeck bereits eingetreten, dort hatten sich Bürgerausschüsse gebildet, die vom Rat die Einführung der neuen Verkündigung verlangten. In den Schreiben an diese Städte¹⁸ wurden zwar der Rat und alle „gehorsamen Bürger“ unter den Schutz des Kaisers gestellt, aber unter Androhung einer Strafe von 100 Mark lötligen Goldes verlangt, die „Konspirationen“ der Bürger gegen den Rat aufzulösen, die neuen Kirchenordnungen aufzuheben und die „auffruererischen predicanten“ auszuweisen. Da das Reich über keine wirksame Exekutive verfügte, waren solche Mandate praktisch nichts wert. In Lüneburg und Lübeck setzte sich die Reformation in den nächsten Jahren durch, und in Münster begann wohl noch im Jahr 1530 Bernhard Rothmann mit seinen Predigten im reformatorischen Sinn.

Bei der Neubesetzung der vier westfälischen Bischofsstühle 1530 und 1532 ist kein Zugewinn habsburgischen Einflusses zu registrieren, obwohl Franz von Waldeck, dem nach Minden auch Münster und Osnabrück zufielen, als Kompromißkandidat zwischen Habsburg, Hessen und Jülich betrachtet wird.¹⁹ Der mehrjährige Konflikt mit seiner wichtigsten Stadt Münster, die wenige Wochen nach seiner Wahl die Regelung des Gottesdienstes in den städtischen Pfarrkirchen in eigene Regie nahm, hat es Bischof Franz angezeigt erscheinen lassen, sich sowohl der Unterstützung Hessens als auch Burgunds zu versichern – allerdings mit dem Ergebnis, daß daraus weitgehende Ambitionen der Habsburger auf das Stift Münster abgeleitet worden sind.

Karl V. hatte sich als Kaiser Ende 1531 nochmals mit Münster befassen müssen, nachdem er vom münsterschen Domkapitel angerufen worden war, weil weder der Bischof – damals noch Friedrich von Wied – noch der Rat der Stadt gegen Rothmanns Predigten einschritten.²⁰ Aber sein scharfes Mandat an die Stadt, die lutherische Häresie nicht zu dulden, und der gemessene Befehl an den Bischof, gegen den Kaplan vorzugehen, hatten als Ergebnis die Übersiedlung Rothmanns in den Rechtsraum der Stadt, was die Reformation in Münster beschleunigt hat. Nach der Wahl Franz von Waldecks hat Karl V. seine Weisung wiederholt,²¹ aber das half dem zu ihrer Befolgung durchaus gewillten neuen Bischof wenig. Denn

17 Stadtarchiv Münster, Aa XIII Nr. 2: Mandat Karls V. an Bürgermeister und Rat der Stadt Münster, Augsburg, 9. 8. 1530 (Or.).

18 HHStA Wien, Reichskanzlei, Brunsvicensia 1a, fol. 18-20: Mandat Karls V. an die Stadt Lüneburg, Augsburg, 16. 8. 1530 (Konz.); ebda, Reichskanzlei, Religionsakten 1, fol. 72-73: Mandat an Lübeck v. 16. 8. 1530 (Konz.). Ich danke Prof. Alfred Kohler, Wien, dem jetzigen Bearbeiter der Reichstagsakten 1530, für die freundliche Überlassung von Kopien der Auszüge Herbert Grundmanns.

19 Hans-Joachim *Bebr*: Franz von Waldeck, in: Westfälische Lebensbilder 14, 1987, S. 39.

20 Alois *Schroer*: Die Reformation in Westfalen, Bd. 2, Münster 1983, S. 333 mit Nachweisen (S. 657 Anm. 78).

21 Druck bei Joseph *Niesert*: Münstersche Urkundensammlung Bd. 1, Coesfeld 1826, S. 6-8.

der Kaiser zog erst einmal gegen die Türken und dann im Herbst wieder für sieben Jahre nach Südeuropa, die Stadt Münster aber fand nicht nur Rückendeckung beim Landgrafen Philipp, sondern erreichte auch eine Verfügung des Reichskammergerichts – das ja im Namen des Kaisers Recht sprach –, durch die dem Bischof jede Gewaltanwendung gegen die Stadt untersagt wurde.²²

Es muß nun betont werden, daß es Bischof Franz gewesen ist, der im Frühjahr 1533 mit einem Bündnisangebot an die neue niederländische Statthalterin Maria von Ungarn herantreten ist – nicht umgekehrt! Als Maria dem Kaiser im März von der „ouverture“ des Bischofs berichtete, die sie noch prüfen lassen wolle, hat sie die Ansicht geäußert, eine Allianz werde für die Niederlande von Nutzen sein, zumal dadurch andere, nachteilige Bündnisse vermieden werden könnten.²³ Die Annäherung Franz von Waldecks könnte mit einer Enttäuschung über die Haltung Philipps von Hessen zusammenhängen, weil jener der Stadt im Februar zum Dülmener Vertrag verholten hatte, in dem der Bischof die religiösen Änderungen tolerieren mußte. Karl V. hat sich recht vage zu der Mitteilung der Schwester geäußert. Die Gespräche, die dann im Herbst 1533 der Statthalter von Friesland Schenk von Tautenburg in Horstmar mit dem Bischof führte, betrafen nur ein „verbuntnis“ zu gegenseitiger Hilfeleistung gegen herumziehende Landsknechte, aber Franz zögerte, ohne Zustimmung seiner Landstände darauf einzugehen. In seinem Bericht hat Schenk darum empfohlen, mit einer „Verehrung“ bei ihm nachzuhelfen.²⁴

Anlässlich dieser Kontakte hat nun Herzog Karl von Geldern, dessen nördlicher Landesteil durch eine Verbindung zwischen den Niederlanden und dem Bistum Münster völlig eingekreist worden wäre, das Gerücht in die Welt gesetzt, der Bischof und die Stände des Stifts (!) verhandelten mit der Brüsseler Regierung darüber, die Temporalien dem Kaiser zu übergeben. Dem Bischof sei eine jährliche Pension von 10 000 Kronen angeboten worden, er habe allerdings 15 000 gefordert; auch solle er eine ständige Garnison von 400 Pferden „nae die manier van des keyzers garnisoen in Duytsland“ aufnehmen, „der men tegen altemalck, dair syn Mat mede to doen heben, gebrugken sal, in meynunge, wanner men it stift Monster heft, dat men dan Osenbrugg, Padeborn, Bremen etc oick onder sich werven moige“.²⁵

Der Adressat dieser Warnung, Landgraf Philipp, hat den Bischof umgehend zur Rede gestellt, und Franz von Waldeck hat die Behauptungen mehrmals dementiert.²⁶ Trotzdem ist das Gerücht von manchen Fürsten geglaubt worden –

22 NWStA Münster, FML 519/19 Bd. 1a, fol. 109r/v.

23 HHStA Wien, Belgien PA neu 25/1, fol. 66r: Maria an Karl, 17. 3. 1533.

24 ARA Brüssel, Papiers du conseil d'État et de l'Audience Bd. 94, fol. 277r–279r: Tautenburg an Hoogstraten, Vollenhove, 21. 10. 1533.

25 Gedruckt bei C. A. *Cornelius*: Geschichte des Münsterschen Aufruhrs, Bd. 2, Leipzig 1860, S. 358.

26 Vgl. Friedrich *Krapf*: Landgraf Philipp der Großmütige von Hessen und die Religionskämpfe im Bistum Münster 1532–1536. Phil. Diss. Marburg 1951 (Maschr.), S. 41ff. u. S. 95. Dazu die bei Ludwig *Keller*: Geschichte der Wiedertäufer und ihres Reiches zu Münster, Münster 1880 (ND Osnabrück 1979), S. 302f. im Auszug abgedruckten Stücke Nr. 11 u. Nr. 13, doch hat Keller aus letzterem weggelassen: „den zen aussbrechen, augen ausstechen und stift hinweggeben thedt wehe“ (Krapf, S. 86).

der Fall Utrecht lag schließlich nur fünf Jahre zurück und war allen gegenwärtig –, es hat sich über ein Jahrzehnt zäh gehalten und insofern wie manches Gerücht politische Bedeutung erlangt. Doch ist sein Gehalt von Historikern in den Rang einer Tatsache erhoben worden, obwohl es weder in den münsterschen noch in den habsburgischen Akten und Korrespondenzen einen Beleg für eine derartige Absicht des Kaisers oder der Statthalterin Maria gibt. Auch ist von jenen Garnisonen nach der Manier des Kaisers in Deutschland nichts bekannt. Zur Stützung ist verwiesen worden auf eine Sondierung des Erzbischofs Christoph von Bremen im Sommer 1533 in Brüssel.²⁷ Dieser stark verschuldete geistliche Herr hatte nachweislich anbieten lassen, die Temporalien seines Stifts gegen eine finanzielle Entschädigung dem Kaiser zu überlassen;²⁸ er sah darin wohl einen Ausweg, um seinen Ständen nicht noch mehr Zugeständnisse im Blick auf Verwaltung und Religion in seinem Stift machen zu müssen. Maria fand das Angebot zwar etwas dubios, hielt es aber unter dem Gesichtspunkt für interessant, „zum Wohle der Niederlande etliche Städte und Plätze in Gehorsam nehmen“ zu können. Sie dachte an die Sicherung der Handelsschifffahrt in die Ostsee, und auch der Schutz der Küstenfischerei lag ihr am Herzen.²⁹ Aber der Kaiser hat die Übernahme der Temporalien des Stifts Bremen eindeutig abgelehnt, weil man angesichts der Erregung der Reichsstände über Utrecht den Bogen nicht überspannen dürfe, der Papst nicht mitmachen und die Gefahren und Kosten den Gewinn wahrscheinlich übersteigen würden.³⁰ Diese Argumente waren im Blick auf Münster natürlich genauso zutreffend. Vielleicht hat Karl von Geldern von dem Bremer Anerbieten etwas läuten hören und nun für die Verhandlungen des Bischofs von Münster dasselbe behauptet. Ferner glaubte man einen Beleg für die weitgespannten Absichten der Habsburger zu haben in einer Nachricht aus dem Jahr 1538 über einen angeblich von Franz von Waldeck abgefangenen geheimen Briefwechsel zwischen Karl und Maria über Pläne zur Einvernahme des Stifts Münster. Aber wie konnte der Bischof von Münster Briefe zwischen Karl in Spanien und Maria in Brüssel abfangen? Niemand hat diesen Briefwechsel je gesehen, er ist ein Phantom, entstanden aus einer falschen Deutung einer Anspielung in einem Brief des Herzogs Albrecht von Preußen, der doch am allerweitesten entfernt saß.³¹

Darum muß nun kurz auf die Reaktion der Habsburger auf die große Unruhe in Westfalen in den Jahren 1534/35 eingegangen werden, die Täuferherrschaft in Münster. Wie erwähnt befand sich Karl V. in Spanien. König Ferdinand hatte noch am 26. März 1534, also vier Wochen nach der großen Austreibung der Tauf-

27 Über ihn Theodor *Wolters*: Erzbischof Christophs Kampf um das geistliche Fürstentum in den Stiften Bremen und Verden. Phil. Diss. Hamburg 1939; zur Sache S. 54f.

28 Die Meldung Marias an Karl gedruckt in: *Niederländische Akten und Urkunden zur Geschichte der Hanse und zur deutschen Seegeschichte*, Bd. 1, bearb. v. Rudolf *Häpke*, München u. Leipzig 1913, S. 127.

29 James D. *Tracy*: Herring Wars: The Habsburg Netherlands and the Struggle for Control of the North Sea, ca. 1520-1560, in: *The Sixteenth Century Journal* 24, 1993, S. 249-272.

30 Karls Antwort im Regest in *Niederländische Akten* 1, S. 131.

31 Vgl. Ernst *Laubach*: König Ferdinand I. und der niederdeutsche Raum, in: *Herrschaft...* (wie Anm. 6), S. 149 Anm. 85.

unwilligen aus der Stadt, keine genaueren Informationen darüber, was sich in Münster abgespielt hatte. Seine Hauptsorge war, die Unruhen könnten sich wegen der Truppenansammlungen ausbreiten und die in Westfalen zusammengezogenen Truppen könnten alsbald zu anderen Zwecken verwendet werden. Darum befahl er dem Bischof „im Namen und anstat“ des Kaisers, dafür Sorge zu tragen, daß das Kriegsvolk „nach disem obbemelten zug von wegen der stat Munster furgenomen on verziehen furderlich“ aufgelöst werde.³² Erst ein paar Tage später hat er erfahren, daß die Maßnahmen durch den „unrat und aufstand“ der Täufer verursacht worden wären, deren Unterdrückung auch er als geboten anerkannte.

Auffallend ist in diesen ersten Wochen der Unruhe im nordwestdeutschen Raum, wie gering die Kommunikation darüber zwischen den habsburgischen Geschwistern gewesen ist und infolgedessen ebenso gering zunächst die Koordination ihrer Politik. Während Ferdinand noch ziemlich theoretisch eine allgemeine Aufstandsgefahr beschwor, beriet seine Schwester Maria, die dem Geschehen näher und natürlich besser informiert war, bereits über konkrete Hilfsmaßnahmen für den Bischof von Münster. Mit dem Auftreten der „Schwertläufer“ in Amsterdam schienen die Niederlande ja selbst erfaßt, und der Exodus niederländischer Täufergruppen nach Münster wurde von Maria und ihren Beamten als Vorstufe zu einem Aufstand interpretiert und weitgehend unterdrückt. Daher sah man in Brüssel auch die Notwendigkeit, Bischof Franz durch ein zinsloses Darlehen für seine Rüstungen und durch Lieferung von Geschützpulver zu unterstützen. Gegenleistungen in Gestalt von Verpfändungen wie im Falle Utrecht sind Franz von Waldeck nicht abverlangt worden, sie sollten vielmehr in der Überlassung der Truppen bestehen.³³

In einem Brief vom 16. Mai dankte Ferdinand seiner Schwester für ihre bisherigen Bemühungen, die vor Münster zusammengezogenen Söldner für ihn zu gewinnen, und bat sie um Fortsetzung.³⁴ Der durch den Angriff des Landgrafen Philipp auf Württemberg in Bedrängnis geratene König hoffte, vor Münster frei werdende Truppen für diesen Konflikt einsetzen zu können, sie nämlich nach Hessen einfallen zu lassen, dadurch den Landgrafen zum Abbruch seines Angriffs zu nötigen und ihn dann durch Nachrücken seiner eigenen süddeutschen Truppen in die Zange zu nehmen. Eine Voraussetzung für diesen Plan war freilich ein schnelles Ende der Belagerung der Täuferstadt, woran man damals auf seiten der Belagerer wohl geglaubt hat. Noch ehe der erste Sturm auf Münster dann am 25. Mai scheiterte, wurde den strategischen Überlegungen Ferdinands durch die Niederlage seiner Truppen bei Lauffen die Basis entzogen. Maria hat entsprechende Sondierungen vornehmen lassen, und dadurch ist die mehrfache Anwesenheit niederländischer Gesandter und Offiziere beim Bischof im Feldlager vor Münster hinlänglich erklärt.

32 NWStA Münster, FML 518/19 Bd. 3a, fol. 127: Ferdinand an Bischof Franz, Prag, 26. 3. 1534 (Or.); zum folgenden *Laubach*: König Ferdinand, S. 139ff. mit Nachweisen.

33 Diese richtige Vermutung von Karl-Heinz *Kirchhoff*: Die Belagerung und Eroberung Münsters 1534/35, in: WZ 112, 1963, S. 77-170, hier S. 99, konnte jetzt bestätigt werden.

34 *Laubach*: König Ferdinand, S. 143 mit Anm. 34 (auch zum Folgenden).

Sofern von seiten Karls und Marias wirklich Absichten auf das Stift Münster bestanden haben sollten, wären sie König Ferdinand gänzlich unbekannt gewesen. Denn im Frieden von Kadan, durch den der Konflikt um Württemberg beigelegt wurde, hat Ferdinand den Gedanken akzeptiert, daß der Landgraf und Herzog Ulrich von Württemberg im Namen des Königs 500 Reiter und 3 000 Fußknechte sowie Geschütz nach Münster schicken und für drei Monate besolden sollten. Mit habsburgischen Begehrlichkeiten auf das Stift war diese Beauftragung desjenigen Fürsten, der jede Verstärkung des habsburgischen Einflusses in Nordwestdeutschland zu verhindern trachtete, schlechterdings nicht zu vereinbaren.

Schon im Spätherbst 1534, als ein Ende der Belagerung Münsters noch überhaupt nicht abzusehen war, hat die Regentin Maria die finanzielle Hilfe für den Bischof eingestellt. Mittlerweile wurde von König Ferdinand erwogen, den Fall Münster auf die Tagesordnung eines Reichstages zu setzen. Der Kaiser war einverstanden, denn er meinte, weil es sich um eine „erschrockenlich geuerlich sach“ handele, müsse jeder Reichsstand seinen Beitrag zur Bekämpfung leisten, und dann wolle auch er das tun; aber er sei nicht bereit, diese Last allein zu tragen. Da der Reichstagsplan bei einigen einflußreichen Fürsten auf Widerstand stieß, wurde darauf verzichtet. Stattdessen wählte man das Verfahren, die Reichskreise zur Hilfeleistung zu aktivieren. Zu diesem Zweck wurde eine Konferenz der Reichsstände für April 1535 nach Worms einberufen.³⁵ Wie gering das Engagement der Habsburger für die Angelegenheit war, erhellt aus der Instruktion, die Ferdinands Vertreter für diese Tagung erhalten haben: sie sollten die Initiative ganz den Ständen überlassen, Fragen nach dem Beitrag des Kaisers damit beantworten, daß die Regentin der Niederlande Auftrag zu „statlicher hilf“ erhalten habe, und weder für den Kaiser noch für den König konkrete Zusagen machen.³⁶

Auf die Neuordnung der Verhältnisse in Münster nach der Eroberung haben die Habsburger keinen Einfluß genommen. Die Weichen dafür wurden im Sommer bei einem Treffen des Bischofs mit seinen bedeutendsten katholischen Helfern und Nachbarn in Neuß gestellt. Dort wurde der Bischof darauf festgelegt, Stift und Stadt Münster für seine Nachfolger im Amt und für das Reich „unzerrennt“ zu erhalten.³⁷ Die Formulierung zeigt, daß die Sorge vor einem burgundischen Zugriff immer noch vorhanden war. An der Kommission des Reichs, die 1536 die Lage in Münster vor Ort überprüfen sollte, haben sich die Habsburger nicht beteiligt, obwohl Räte Ferdinands die Teilnahme in einem Gutachten befürwortet haben, nicht nur, um dort durch eine neue Ordnung künftiger Empörung vorzubeugen, sondern auch um zu verhindern, daß an der Eroberung beteiligte evangelische Fürsten sich unterstünden, „die stat aus dem gehorsam des reichs zu ziehen.“³⁸ Hier also die gleiche Sorge mit umgekehrtem Vorzeichen.

35 Dazu Helmut *Neubaus*: Das Reich und die Wiedertäufer von Münster, in WZ 133, 1983, S. 22ff.

36 HHStA Wien, Reichskanzlei, Rig 7, fol. 95-102: Instruktion Ferdinands für seine Vertreter in Worms, 16. 3. 1535.

37 Neuer Druck des Vertrages von Neuß in: Acta Reformationis Catholicae, bearb. v. Georg *Pfeilschifter*, Bd. 2, Regensburg 1960, S. 129ff.

38 HHStA Wien, Reichskanzlei Rig 7, fol. 505-506: Gutachten königlicher Räte zum dritten Wormser Tag, undatiert.

Viel länger hat die Habsburger die Frage beschäftigt, wie sie den Einfluß auf Dänemark wiedergewinnen könnten, nachdem ihr Schwager Christian II. dort entthront worden war. Überlegungen, wie man dort einen eigenen Präzidenten durchsetzen könnte, ziehen sich seit 1533 ein Jahrzehnt hin. Für einen militärischen Versuch brauchte man das Erzstift Bremen als Durchmarschgebiet. Wegen der notorischen Schwäche des Erzbischofs Christoph ist Karl V. 1536 auf einen Vorschlag Herzog Heinrichs des Jüngeren von Braunschweig-Wolfenbüttel eingegangen und hat ihn zum Konservator der Stifte seines Bruders ernannt.³⁹ Dem eigenen Zugriff war damit freilich ein weiterer Riegel vorgeschoben.

Auf die im Mai und Juni 1538 ausgetragene Fehde zwischen den Grafen von Oldenburg und dem Bischof von Münster⁴⁰ hat Ferdinand nicht reagiert, obwohl es sich auch um eine Friedensstörung größeren Ausmaßes gehandelt hat. Und Maria erklärte dem angegriffenen Bischof auf Anfrage, keine Vollmacht des Kaisers zum Eingreifen in die Fehde oder auch zur Schlichtung zu haben.⁴¹ Nur vom Reichskammergericht konnte der Bischof ein Mandat gegen die Oldenburger erlangen.⁴² Die relativ rasche Beilegung des Konfliktes war nicht den Habsburgern, sondern dem Bemühen ihres politischen Gegenspielers, des Landgrafen Philipp, sowie der Fürsten von Köln und Jülich zu verdanken.

1538 starb Herzog Karl von Geldern. Da er den Vertrag von Gorcum einseitig aufgehoben hatte, kam es um sein Erbe zum Streit mit Jülich und schließlich zum Krieg.⁴³ Bekanntlich ist Karl V. siegreich geblieben, hat danach aber den geschlagenen Herzog durch Verheiratung mit einer Tochter Ferdinands an die Habsburger zu binden verstanden. In politischer Hinsicht wurde dadurch verhindert, daß Jülich anstelle Gelderns ein noch dickerer Pfahl im Fleische der Niederlande geworden wäre, und die lange angestrebte Arrondierung des niederländischen Territoriums war erreicht, nachdem schon 1536 im Norden mit dem Eintritt Groningens durch Huldigung die letzte Lücke links der Ems geschlossen worden war.⁴⁴ In den Augen Karls V. war die Übernahme Gelderns nichts anderes, als was jede Dynastie im gegebenen Fall zu tun pflegte, die Realisierung eines Rechtsanspruchs.⁴⁵ Ebenso war es selbstverständlich, daß alle von Geldern ausgeübten oder beanspruchten Rechte nun übernommen und, wo sich die Gelegenheit bot, durchgesetzt wurden. Ein Leidtragender dieser Politik war schon bald Bischof Franz

³⁹ Wolters, S. 60.

⁴⁰ Franz *Fischer*: Die Reformationsversuche des Bischofs Franz von Waldeck im Fürstbistum Münster, Hildesheim 1907, S. 28ff.; Werner *Storkebaum*: Graf Christoph von Oldenburg (1504-1566), Oldenburg 1959, S. 58ff.

⁴¹ NWStA Münster, FML 325 Nr. 29,1, fol. 318: Maria an Bischof Franz, Brüssel, 22. 6. 1538.

⁴² Oldenburgisches Urkundenbuch, Bd. 3, Oldenburg 1927, Nr. 647.

⁴³ Paul *Heidrich*: Der geldrische Erbfolgestreit 1537-1543, Kassel 1896; Franz *Petri*: Landschaftliche und überlandschaftliche Kräfte im habsburgisch-klevischen Ringen um Geldern und im Frieden von Venlo (1537-1543), in: Festschrift für Franz Steinbach, Bonn 1960, S. 92-113.

⁴⁴ *Formsma*: De onderwerping, S. 94.

⁴⁵ Vgl. aber auch die Ausführungen von Henri *Pirenne*: Die Entstehung und die Verfassung des Burgundischen Reiches im 15. und 16. Jahrhundert, in: Schmollers Jahrbuch 33, 1909, S. 52, über die gesamtstaatliche Notwendigkeit dieser Annexion.

von Münster, dem die Rückgabe der 1530 an Geldern verlorenen Herrschaften Westerwolde und Bellingwolde (westlich der Linie Papenburg-Meppen gelegen) nach Prüfung der Rechtslage durch Bescheid der Statthalterin Maria in letzter Instanz verweigert worden ist.⁴⁶ Auf derselben Linie liegt die Aufforderung an den Grafen Konrad von Tecklenburg, die Herrschaft Lingen, die sein Vorgänger Nikolaus dem Herzog zu Geldern als Lehen aufgetragen hatte, nun in Brüssel von dessen Rechtsnachfolger zu Lehen zu nehmen. Daß Graf Konrad das nicht tat, sollte später böse Folgen für ihn und seine Erben haben.⁴⁷

Ansonsten ist bis zur Mitte der vierziger Jahre festzustellen, daß die politische Aufmerksamkeit der drei habsburgischen Geschwister durch so vielfältige Probleme absorbiert worden ist, daß sie sich im Reich, auch im Nordwesten, vor allem Ruhe wünschten. Es ist die Phase, in der Kaiser und König die Politik des religiösen Ausgleichs betrieben haben und alles zu vermeiden suchten, was Spannungen erzeugen oder verschärfen konnte. Beispiele dafür sind die Anfang 1541 im Vorfeld des Regensburger Reichstages verfügten Suspendierungen der Reichsacht gegen die Städte Minden und Goslar, die in beiden Fällen die Folge vom Reichskammergericht verhängter Urteile gewesen war.⁴⁸ Sie mißbilligten die Umtriebe Heinrichs des Jüngeren, der als einziger weltlicher katholischer Fürst von Gewicht im nördlichen Deutschland übrig geblieben war, obwohl er als ihr Parteigänger galt und als „nördlicher Bundeshauptmann“ in der im Juni 1538 zustandegekommenen katholischen Defensivliga eine herausgehobene Funktion hatte.⁴⁹ Seine Händel mit den Städten Goslar und Braunschweig bedrohten den Frieden im Reich, weil sie den Schmalkaldischen Bund, dem beide Städte angehörten, zum Eingreifen provozierten. Beide Habsburger haben Heinrich mehrfach zur Zurückhaltung ermahnt und seine Einsprüche gegen die Suspendierung der Acht gegen Goslar abgewiesen. Bis zuletzt hat Ferdinand 1542 versucht, den bewaffneten Zusammenstoß zwischen Heinrich und dem Schmalkaldischen Bund zu verhindern, der dann zur Vertreibung des Herzogs geführt hat, und er hat dem Wolfen eindeutig zu verstehen gegeben, daß die Habsburger nicht bereit waren, ihn zu unterstützen. Es gibt auch keine überzeugenden Belege, daß sie das Vorgehen des Wolfen im Jahre 1545 gebilligt hätten, seine Position in Norddeutschland neu aufzubauen. Da Karl V. mit beiden Seiten bis zum Juli darüber verhandelt hat, das Herzogtum treuhänderisch unter kaiserliche Verwaltung zu stellen, macht die Annahme keinen Sinn, er hätte Heinrich zu einseitigen Aktionen ermutigt.⁵⁰ Dessen Versuch, Bischof Franz

46 Hans-Joachim Behr: Handlungen um Westerwolde und Bellingwolde, in: Westfalen 68, 1990, S. 209f.

47 Hans-Joachim Behr: Der Verlust der Herrschaft Lingen und die Bemühungen der Tecklenburger Grafen um ihre Rückgewinnung, in: Emsland/Bentheim. Beiträge zur neueren Geschichte 4, 1988, S. 8.

48 Zu Minden: Petri: Karl V. und die Städte, S. 17; zu Goslar: Georg Blume: Goslar und der Schmalkaldische Bund 1527/31-1547, Goslar 1969, S. 76ff.

49 Zum Folgenden Laubach: König Ferdinand, S. 150ff. mit Nachweisen.

50 Fischer: Reformationsversuche, S. 133f.; die von Mohrmann, S. 128, angeführten Gerüchte können nicht überzeugen.

von Waldeck den Verzicht auf die Stifte Münster und Minden abzapfen und seine Rüstungen zu finanzieren,⁵¹ geschah ebenso auf eigene Faust wie sein Feldzug zur Wiedergewinnung seines Herzogtums, bei dem er in hessische Gefangenschaft geraten ist. Ferdinand hat ihn ermahnt, nicht auf die Waffen, sondern auf kaiserliche Vermittlung zu setzen, und der Kaiser erließ neue Mandate gegen Söldnerwerbungen, die auch für Heinrich galten. Daß Karl V. später die Vertreibung und Internierung Heinrichs unter die Vergehen aufnahm, mit denen er seinen Krieg gegen die Häupter des Schmalkaldischen Bundes begründete, ist von ihm selbst als „Deckmantel und Vorwand“ bezeichnet worden.⁵²

Auch gegen die Einführung der Reformation im Bistum Osnabrück durch Bischof Franz von Waldeck im Jahr 1543 hat der Kaiser nichts Ernsthaftes unternommen. Auf Bitten des Domkapitels hat er im Januar 1544 ein Mandat dagegen erlassen, das in der Diktion denen aus dem Jahre 1530 vergleichbar ist. Wichtiger hätte werden können, daß er am 5. Mai 1544 das Domkapitel in einer besonderen Urkunde unter seinen Schutz stellte und neben allen Reichsfürsten auch die Statthalter von Geldern und Utrecht zu Exekutoren ernannte.⁵³ Aber praktische Folgen hat das nicht gehabt.

Erst nachdem zwei für seine gesamte Politik fundamentale Probleme gelöst waren, nämlich die nochmalige Bezwingung Frankreichs im Feldzug von 1544 und der Arbeitsbeginn des Generalkonzils in Trient, hat der Kaiser die Zurückdrängung der Reformation im Reich und damit auch in Niederdeutschland mit aller Energie in Angriff genommen. Allerdings bestand nun höchste Alarmstufe, denn die Absicht des Kölner Erzbischofs Hermann von Wied, das Erzstift in evangelischem Sinn zu reformieren, hätte die neue Lehre bis an die Grenzen der Niederlande vorrücken lassen und gefährdete die katholische Mehrheit im Kurfürstenkollegium. Mit der Absetzung Hermanns von Wied wurde nicht nur diesen Gefahren ein Riegel vorgeschoben, sondern auch das Schicksal der Reformation im Bistum Paderborn besiegt.⁵⁴ Indessen müssen wir uns auf die Frage beschränken, ob die Habsburger mit dem Schmalkaldischen Krieg in Nordwestdeutschland bestimmte besondere Ziele verfolgt haben.

In dem Brief vom 9. Juni 1546, in dem Kaiser Karl seine Schwester Maria über seinen Entschluß informierte, den Krieg jetzt zu eröffnen,⁵⁵ nennt er als entscheidendes Motiv: der sehr großen Gefahr vorzubeugen, daß der Rest Deutschlands der katholischen Religion entfremdet würde. „Diese beklagenswerte Entwicklung würde unausbleiblich auf meine Niederlande übergreifen und diese unserm heiligen Glauben und in der Folge ihrer Treueverpflichtung und ihrem Gehorsam mir gegenüber entziehen, etwas, was ich um nichts in der Welt sehen

51 *Schroer*: Reformation 2, S.167ff.

52 *Lanz* 2, S. 488: Brief an Maria v. 9. 6. 1546 (wie Anm. 55).

53 *Schroer*: Reformation 2, S. 213f.; Heide *Stratenwerth*: Die Reformation in der Stadt Osnabrück, Wiesbaden 1971, S. 139f.

54 *Schroer*: Reformation 2, S. 106ff.

55 *Lanz* 2, S. 486-491. Moderne Übersetzung bei Alfred *Kohler* (Hg.): Quellen zur Geschichte Kaiser Karls V., Darmstadt 1990, S. 323-328; das Zitat dort S. 325.

und hinnehmen möchte.“ Als Kriegsgegner nennt er namentlich nur den Kurfürsten von Sachsen und den Landgrafen von Hessen und äußert die Hoffnung, sie weitgehend isolieren zu können. Maria soll die Gelder bereitstellen, die der Graf von Büren benötigt, um weitere Truppen für Karl anzuwerben und zu ihm nach Süddeutschland zu führen. Daraus geht hervor, daß der Kaiser zunächst nicht an eine zweite Front im Nordwesten gedacht hat, und er deutet gegenüber Maria, die seit ihren großen Verdiensten im Krieg um Geldern seine enge Vertraute war, keine territorialen Kriegsziele an. Beiläufig erwartet er, daß Bürens Truppen den Erzbischof von Köln einschüchtern oder den Bischof von Münster zur Vernunft bringen könnten, womit schwerlich mehr gemeint war, als daß Franz von Waldeck seine Annäherung an den Schmalkaldischen Bund und die Protestantisierung seiner Stifte unterlassen sollte. Karls Absicht, einen begrenzten Krieg zu führen, erhellt weiter aus den Eilsendungen zu den großen norddeutschen Städten Bremen, Hamburg und Lübeck, denen eigens mitgeteilt wurde, der Kaiser erwarte von ihnen, daß sie keinesfalls seine Gegner begünstigen würden.⁵⁶ Doch die stolze Antwort der Bremer, ihre Ehre gebiete ihnen, die eingegangenen Bündnisverträge zur Verteidigung des Wortes Gottes zu halten,⁵⁷ machte deutlich, daß die Voraussetzung trügerisch war, die Häupter des Schmalkaldischen Bundes von den reichen Städten des Nordens trennen zu können. Insofern war der Entschluß, in Nordwestdeutschland selbst die Initiative zu ergreifen, strategisch sinnvoll. Ein Zeugnis dafür ist der im Oktober an den Grafen von Büren ergangene Befehl, gegen das einzige Mitglied des Schmalkaldischen Bundes unter den westfälischen Grafen, Konrad von Tecklenburg, als Teilnehmer an einer offenen Rebellion gegen den Kaiser mit Waffengewalt vorzugehen.⁵⁸

Für die damaligen Gepflogenheiten der Kriegführung sehr früh im Jahr, schon Ende Januar 1547, haben die in den Niederlanden zusätzlich geworbenen Truppen unter Jobst von Cruningen die zweite Front eröffnet. Zuerst wurde die Grafschaft Tecklenburg gebrandschatzt und Lingen besetzt, danach bekamen die Städte Osnabrück und Minden sowie die Grafschaften Lippe, Hoya und Schaumburg die Soldateska zu spüren, ehe sie im März gegen Bremen zog.⁵⁹ In dieser Situation sind am Hofe der Regentin Maria Überlegungen angestellt worden, wie man die bisherigen Erfolge ausbauen könnte. Die Durchsetzung des von Geldern überkommenen Anspruchs auf Oberhoheit über Lingen war ja schon beschlossene Sache, für einen ähnlich gelagerten Fall, die Herrschaft Esens in Ostfriesland, wurde das gleichfalls vorgeschlagen. Wenn man nun auch noch Bremen hinzugewinnen könnte, meinten Maria und einige ihrer Berater, wäre das ein vorzüglicher und dauerhafter Schutz gegen die Bedrohung der Ostseefahrt durch Dänemark oder Seeräuber sowie gegen die immer wiederkehren-

56 Niederländische Akten 1, Nr. 512, S. 440 (Regest).

57 Ebd., Nr. 513, S. 441f.

58 *Behr*: Verlust, S. 10f.; Mohrmann, S. 130f.

59 Karl *Brandt*: Kaiser Karl V. Bd. 1, 7. Aufl. München 1964, S. 476.

de Gefährdung durch sich hier sammelnde Söldner. Aber dieses Maximum hat Maria dem Kaiser gar nicht erst vorgetragen. Stattdessen hat sie ihm nur geraten, wenn man Bremen eingenommen habe, womit sie damals wohl fest rechnete, müsse es dem kaiserlichen Willen unterstellt, d. h. besetzt bleiben, bis die Rebellion zwischen Ems und Elbe unterdrückt sei, insbesondere auch, um auf Hamburg und Braunschweig Eindruck zu machen (sie zu zügeln).⁶⁰ Der Zusammenhang erlaubt es m. E. nicht, auf weiterreichende Absichten gegen diese Städte zu schließen.

Trotz des Scheiterns der Belagerung Bremens und der schweren Niederlage seiner nordwestlichen Truppen bei Drakenburg am 23. Mai 1547 hat Karl V. seine wesentlichen Kriegsziele erreicht. Der Kurfürst von Sachsen war schon seit der Schlacht von Mühlberg sein Gefangener, und am 19. Juni ergab sich Landgraf Philipp und wurde in Haft genommen. Danach, so resümiert Karl selbst in seinen Memoiren, „erkannten viele Fürsten und Städte im Norden ihren Irrtum, kamen zum Kaiser und unterwarfen sich“.⁶¹

Indessen ist Karl V. auf dem „geharnischten“ Augsburger Reichstag keine umfassende und dauerhafte Neuordnung der Verhältnisse im Reich gelungen.⁶² Gerade im Nordwesten sind die Ergebnisse dürftig. Ein wichtiger Grund dafür war sicher, daß der Widerstand der Städte Bremen und Magdeburg nicht hatte gebrochen werden können. Natürlich kehrte Heinrich der Jüngere in sein Land zurück. Wo die Militärmacht des Kaisers siegreich gewesen war, wurden das Interim oder die für die katholischen Territorien ausgearbeitete Formula reformationis eingeführt, aber zu einer gewaltsamen Durchsetzung gegenüber den sie ablehnenden Hansestädten im Norden ist es trotz ihrer Befürchtungen nicht gekommen, der Kaiser beschränkte sich auf Mahnschreiben.⁶³ Der Plan eines „Reichsbundes“, von Karl V. als Instrument zur Sicherung der kaiserlichen Autorität und auch zum Schutz der habsburgischen Erblande gegen Franzosen und Türken gedacht, der alle Stände umfassen sollte, ist gescheitert, nicht zuletzt darum, weil die niederdeutschen Stände an der dem Reichstag vorgeschalteten Ulmer Tagung nicht teilgenommen haben. Später hat König Ferdinand als einen Hauptgrund für das Mißlingen des Projektes die Absicht des Kaisers angeführt, auch die Niederlande einzubeziehen. Bemerkenswert ist, daß Karl V., als sich der Mißerfolg abzeichnete, versucht hat, eine größere Gruppe von nordwest-

60 „...mais pour contraindre ceulx de Hambourg et Brunswich, aussy eulx reduire à vostre obeissance et contenir ceulx d'Empde et les pays entre l'Empde, Wesere et Elve en subiection“. (Niederländische Akten 1, Nr. 523, S. 452). Die wichtigen quellenkritischen Hinweise von Hüpke hat *Mohr-mann*, S. 130, bei seiner (m. E. zu weit gehenden) Interpretation zu wenig berücksichtigt. Einen Griff nach Hamburg oder gar Braunschweig – das doch Heinrich dem Jüngeren gehörte – hat Maria auch in dem weitergehenden Stück nicht erwogen. Vorsichtiger (und m. E. richtig) Rudolf *Hüpke*: Die Regierung Karls V. und der europäische Norden, Lübeck 1914 (ND Hildesheim 1976), S. 248-250.

61 „Beaucoup de princes et de villes du nord, qui avaient adhéré à la ligue de Smalkalde et contribué auxdites guerres, reconnoissent leur erreur, vinrent se soumettre à l'empereur“. (Alfred *Morel-Fatio*: Historiographie de Charles-Quint I, suivie des mémoires de Charles-Quint, Paris 1913, S. 329).

62 Grundlegend Horst *Rabe*: Reichsbund und Interim. Köln u. Wien 1971.

63 Wolf-Dieter *Hauschild*: Zum Kampf gegen das Augsburger Interim, in: Zeitschrift für Kirchengeschichte 84, 1973, S. 69.

deutschen Ständen für ein regionales Landfriedensbündnis zu erwärmen: Die Leitung sollte Heinrich der Jüngere übernehmen, selbst daran teilnehmen wollte Karl V. aber anscheinend nicht. Die Tagung in Hannover Ende April 1548 blieb jedoch infolge des Mißtrauens der protestantischen Mehrheit erfolglos; positiv reagierten nur einige der wenigen verbliebenen katholischen Stände.⁶⁴ Anders als in Süddeutschland verfügten die Habsburger im Norden nur über eine geringe Klientel, von der einige – die welfischen Herzöge Heinrich und Erich (von Calenberg) – nicht so leicht politisch auf Kurs zu halten waren. Der beste Kenner der Verhältnisse in Norddeutschland unter Karls Räten, Lazarus von Schwendi, befürchtete damals eine weitere Schwächung des habsburgischen Einflusses, falls das Erzstift Bremen demnächst an ein Mitglied des dänischen Königshauses oder einen Holsteiner fiel.⁶⁵

Obwohl Karl V. die nächsten Jahre in den Niederlanden oder im Reich zugebracht hat, läßt sich in dieser Zeit keine besondere Hinwendung zum Nordwesten feststellen, abgesehen von der nicht eben zielstrebig betriebenen Achtexekution gegen Magdeburg.⁶⁶ Gegen Bremen wurde gar nichts mehr unternommen; die Stadt konnte es zweimal wagen, von ihren Gesandten ausgehandelte Bedingungen für die Aussöhnung nicht zu ratifizieren. Erst 1554 kam es dazu, wobei die Stadt als einzigen Verlust die Lehnshoheit über das Harlingerland abschreiben mußte⁶⁷ – das hatte zum „Programm“ der Statthalterin Maria gehört. Im Jahr 1551 erwarb der Kaiser die Herrschaft Lingen käuflich von der Erbtochter des Grafen von Büren, dem sie 1547 als Lehen übertragen worden war.⁶⁸

König Ferdinand hatte in diesen Jahren keinen Grund, sich mit Niederdeutschland zu befassen, denn der Kaiser war ja „im Reich“. Auch als er nach dem Fürstenaufstand 1552 unter Betonung seiner Verantwortung als Römischer König eine selbständigere Politik zur Sicherung von Frieden und Recht betrieb, weil nach seiner Ansicht der Bruder diese Aufgabe nicht energisch genug wahrnahm, hat er, soweit nicht Gefahr für das gesamte Reich im Verzuge schien, unsere Region der Fürsorge Karls überlassen.

In den Passauer Vertrag waren auch Bestimmungen eingefügt worden, die für die Befriedung des niederdeutschen Raumes sorgen sollten, doch sind sie ohne durchschlagende Wirkung geblieben.⁶⁹ Schuld daran war vor allem Heinrich der Jüngere. Noch vor der Ratifizierung hatte er, die Unfähigkeit von Kaiser und König zu Sanktionen sowie die militärische Gebundenheit des sächsischen Kurfürsten nutzend, seinen Streit mit Goslar endgültig auf gewaltsame Weise zu sei-

64 Günter *Schulte*: Niederdeutsche Hansestädte in der Spätzeit Kaiser Karls V., Phil. Diss. Münster 1987, S. 289ff.

65 Schwendi an Karl V., Aschersleben, 27. 5. 1548, gedruckt bei Franz Bernhard von *Bucholtz*: Geschichte der Regierung Ferdinand I. Bd. 9, S. 443-450, bes. S. 447.

66 *Laubach*: König Ferdinand, S. 161ff.

67 Herbert *Schwarzschwälder*: Geschichte der Freien Hansestadt Bremen Bd. 1, Bremen 1985, S. 230f.

68 *Mohrmann*, S. 131, schreibt, die Erbin sei „gezwungen“ worden; *Behr*: Verlust, S. 23, weist die Verantwortung für den Verkauf den Vormündern der minderjährigen Erbin zu.

69 *Laubach*: König Ferdinand, S. 168 mit Nachweisen.

nen Gunsten entschieden. Die vorgesehene Beilegung seiner Konflikte mit mehreren braunschweigischen Adelsfamilien durch kaiserliche Kommissare mißlang; im Oktober 1552 brachen deswegen wieder Fehden aus. Weder der gegen Metz ziehende Kaiser noch der mit ungarischen Problemen beschäftigte König konnten unmittelbar eingreifen. Die Rache Heinrichs an Franz von Waldeck, dessen drei Stifte im Frühjahr 1553 gebrandschatzt und zu hohen Kontributionszahlungen gezwungen wurden, während er selbst zum Verzicht auf Minden genötigt wurde,⁷⁰ haben die Habsburger nicht verhindert. Diese Passivität ist von seiten Karls wohl mehr Schwäche als Desinteresse gewesen. Und für Ferdinand machte im Sommer der Kampf gegen den Friedensbrecher Albrecht Alkibiades, den der Kaiser viel zu lange gewähren ließ, es sogar erforderlich, auch mit dem ungeliebten Wolfen zusammenzuarbeiten. Nachdem Moritz von Sachsen, der die Koalition geschaffen hatte, bei Sievershausen gefallen war, haben Herzog Heinrich und endlich Offiziere Ferdinands durch zwei weitere Siege den Friedensstörer endgültig ausgeschaltet.

Karl V. scheint sich in seinen letzten Regierungsjahren bemüht zu haben, die eigene Position in Niederdeutschland wieder zu verstärken, indem er weniger bedeutende Fürsten enger an sich zu binden suchte. Auch waren drei der vier neuen Bischöfe ihm genehm. Der neue Bischof von Münster, Wilhelm von Ketteler, stand schon bald in freundlichen Beziehungen zu Brüssel und wurde von Königin Maria im Oktober 1553 gebeten, bei der Ketzerbekämpfung in Friesland mitzuhelfen.⁷¹

Ein anderes approbates Mittel wäre die Gründung eines regionalen Bundes gewesen, aber in der 1553 geführten Diskussion der habsburgischen Brüder über verschiedene Bundesprojekte⁷² kommt diese ja erst vor kurzem mißlungene Variante nicht vor. Ferdinand hatte in Kombination von Plänen des Kaisers, einen neuen Bund mit Kern in Süddeutschland zu schaffen, und des Kurfürsten Moritz, der ihm einen Regionalbund in Ostdeutschland mit der zusätzlichen Aufgabe Türkenabwehr schmackhaft gemacht hatte, vorgeschlagen, beide Bünde zu gründen und dadurch miteinander zu verklammern, daß der Kaiser und er selbst beiden angehören sollten. Die naheliegende Ergänzung seines Konzeptes durch den dritten Bund in Niederdeutschland hat der König nicht angeregt; seine Reserve gegenüber Vorschlägen von Moritz, norddeutsche Stände an der ostdeutschen Einung zu beteiligen, macht den Eindruck, daß er unser Gebiet als Interessensphäre Karls respektiert hat, in die er nicht eindringen wollte. Der Kaiser aber strebte offenbar nochmals einen umfassenden Reichsbund an, jedenfalls stand ein solches Projekt von seiner Seite am Ende der Erörterungen. Sowohl als Kaiser wie für die Niederlande wollte er diesem Bund angehören, in dem „die bundstend von Schwaben, Bayern, Österreich, Behaim, Sachsen, Francken, Westphalen an, bis an das Niderland sovil möglich an einander raynen und ain-

⁷⁰ *Schroer*: Reformation 2, S. 175.

⁷¹ Ebd., S. 178.

⁷² *Laubach*: König Ferdinand, S. 171ff. mit der älteren Literatur.

ander hand bieten möchten“. ⁷³ In dem zu schaffenden Bundesrat wollte er nicht als Kaiser stimmberechtigt sein, aber er beanspruchte zwei Stimmen für die Niederlande, damit sie später auch sein Sohn als deren Herr führen könne. An der Frage der Höhe des vom Kaiser für die Niederlande zu leistenden Beitrags ist die Gründung dieses Bundes im Oktober 1553 in Zeitz gescheitert.

Mit der Resignation Karls V., d. h. der Übertragung der Niederlande an Philipp II. und der Reichsregierung sowie des Kaisertums an Ferdinand, trat im Grunde wieder jener frühere Zustand der „Königsferne“ für Nordwestdeutschland ein. Hinzu kommt, daß der Augsburger Reichstag von 1555 in der Exekutionsordnung, die die Reichskreise zu Hütern des Landfriedens machte, Hindernisse für ein direktes Eingreifen des Kaisers aufgebaut hatte. Der Plünderungszug Herzog Erichs II. von Braunschweig-Calenberg gegen das Stift Münster im Juni 1563 offenbarte die Schwäche der Kreisverfassung mit großer Schärfe: Die Anfrage des Kreisobersten, was seine Rüstungen zu bedeuten hätten, hatte der Welfe mit der Versicherung beschwichtigt, keinen Reichsstand angreifen zu wollen, und als er dann marschierte, war es für Abwehraktionen zu spät. Während auf dem Wormser Deputationstag im Februar 1564 die kaiserlichen Kommissare unter Verweis auch auf diese grobe Störung des Landfriedens wirksamere Maßnahmen zur Vorbeugung empfahlen, waren die Vertreter des betroffenen Bischofs von Münster instruiert, keine Vorschläge zu machen. ⁷⁴

Doch war Ferdinand I. nicht bereit, Minderungen des Reiches im Westen zugunsten des anderen Familienzweiges einfach hinzunehmen, wie er auch ein Gegner der Grundgedanken des Burgundischen Vertrages von 1548 gewesen war, der die Exemption der Niederlande vom Reich ein erhebliches Stück vorantrieb. ⁷⁵ Seine wiederholte Bereitschaft, Supplikationen Konrads von Tecklenburg bzw. seiner Erben um Rückgabe der Herrschaft Lingen zu befürworten, könnte man interpretieren als Konsequenz seiner Abneigung gegen die in Brüssel stärker werdende Tendenz, auf der Basis des Burgundischen Vertrages die Einbindung der Niederlande ins Reich immer mehr zu lockern. Denn er übernahm aus den Supplikationen das Argument, „das die bey dem heilligen reich lang herekomen grafchaft Tegklburg bey demselben unzertrennt erhalten werde, und das reich dies orts an seiner gerechtigkeit nit geschmellert oder vernachtailt“. ⁷⁶ Als in Brüssel und Madrid die Sache verschleppt wurde, hat er fünf Jahre später den Appell an seinen Neffen gerichtet, er möge durch einen positiven Bescheid die das Gesuch unterstützenden Kurfürsten erkennen lassen, „das unser befurderung bey E. L. nit wenig ansehen gehabt sonnder gemelter Gravin

⁷³ Zitiert nach Martti *Salomies*: Die Pläne Kaiser Karls V. für eine Reichsreform mit Hilfe eines allgemeinen Bundes, Helsinki 1953, S. 200.

⁷⁴ NW StA Münster, FML 473 Bd. 153, fol. 38r-46r: Proposition der kaiserlichen Kommissare, am 14. 2. 1564 in Worms verlesen (Kopie); ebd., fol. 25r-32v: Instruktion v. 22. 1. 1564 für die Vertreter Münsters.

⁷⁵ Dazu zuletzt Nicolette *Mout*: Die Niederlande und das Reich im 16. Jahrhundert, in: Alternativen zur Reichsverfassung in der Frühen Neuzeit?, hg. v. Volker *Press*, München 1995, S. 150f.

⁷⁶ HHStA Wien, Belgische Korrespondenz Karton 1, fol 13r/v + 24r: Ferdinand an Philipp II., Regensburg, 15. 1. 1557; vgl. *Bebr*: Verlust, S. 25.

[Konrads Tochter Anna von Bentheim] zu guetem ersprossen und nit unfruchtbar gewesen sei“.⁷⁷ Erst nach einer ausführlichen Stellungnahme der Statthalterin Margarete von Parma, die alle Argumente der Supplikanten als unbegründet abwies, weil die Herrschaft Lingen ein geldrisches und kein Reichslehen sei,⁷⁸ gab Ferdinand sich zufrieden und erklärte, die Gräfin entsprechend bescheiden zu wollen.⁷⁹

Rudolf Häpke hat in seinem bis heute nicht überholten Buch davor gewarnt, sich Karl V. und seine Schwester Maria als „stets zur Expansion und Eroberung bereit“ vorzustellen.⁸⁰ Eine solche Politik hätten sie gar nicht finanzieren können, sie wäre von den niederländischen Ständen, zumal den Städten, nicht mitgetragen worden. Die These, der habsburgischen Politik in Nordwestdeutschland habe eine auf systematische Erwerbung und Beherrschung größerer Teile zielende Konzeption zugrunde gelegen, läßt sich m. E. nicht halten, auch Häpke konnte sie nicht erkennen.

In den Jahrzehnten nach dem Abtreten der Generation Karls V. haben die „fernen“ habsburgischen Kaiser mehrmals mit bedeutsamen Folgen in die nordwestdeutsche Region eingegriffen – erinnert sei an den Kölner Krieg und den Jülich-klevischen Erbfolgestreit –, wobei sie mit der nun von Spanien her bestimmten Regierung in Brüssel zusammen wirkten, auch wenn dort nun jene Kräfte überwogen, die die Niederlande ganz aus dem Reich herauszulösen trachteten. Andererseits suchten die gegen das spanische Regiment in Brüssel rebellierenden Kräfte immer wieder Hilfe im Reich und brachten damit viel Unruhe über die benachbarten Territorien,⁸¹ während in diesem Konflikt sich die Kaiser zurückhalten mußten. Durch den Aufstand der Niederlande ist das habsburgisch-burgundische Machtzentrum an der Nordsee zerbrochen, und neue Faktoren sind in das nordwestdeutsche Kräftespiel eingetreten.

77 Ebd., fol 155r/v +160r: Ferdinand an Philipp, Frankfurt am Main, 17. 11. 1562 (Or.); auch zitiert bei *Behr*: Verlust, S. 26.

78 Ebd., fol. 173-176v: Margarete von Parma an Ferdinand, Brüssel, 7. 3. 1563 (Reinkonz.); *Behr*: Verlust, S. 27 nennt Viglius van Zwichem als Verfasser.

79 Ebd., fol 178r/v: Ferdinand an Margarete, Innsbruck, 16. 3. 1563.

80 *Häpke*: Die Regierung, S. 65.

81 *Mout*, S. 157ff.